

Berlin sozial und gerecht – Berlin in guten Händen

Summary – Politische Beschlüsse

Funktionierende Gesundheitsversorgung

- Konzept zum Schutz unserer Sicherheitskräfte im Einsatz (S. 3)
- Überarbeitung des Rettungsdienstgesetzes (S. 3)
- Errichtung einer weiteren Kinderklinik (S. 4)
- bessere Bedarfsplanung – Ärztinnen und Ärzte (S. 4)
- Investitionen in überlastete Kinderkliniken (S. 4)
- stärkere Differenzierungen und Spezialisierungen in der Landesausbildungsverordnung für Pflegekräfte (S. 4)
- auskömmliche Finanzierung des Angebotes der Leitstelle des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (S. 4)
- Schaffung eines mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienstes (S. 4)
- Ausweitung der Öffnungszeiten der bestehenden Notdienstpraxen (S. 5)
- Etablierung von mehr Praxen und Schaffung eines ambulanten niedergelassenen Notdienstes in jedem Bezirk (S. 5)
- Schulgeldfreiheit in Pflegeberufen, auch rückwirkend ab Januar 2022 (S. 6)
- Einrichtung einer zentralen Beschwerdestelle für Auszubildene in Pflegeberufen (S. 6)
- Einführung eines Pflegewohngeldes (S. 7)

Soziale Teilhabe für alle Generationen

- Ausweitung niedrigschwelliger Angebote für Kurse zum Einstieg in die digitale Kommunikation, z. B. an den Volkshochschulen (S. 7)
- Stadtteilzentren (S. 7/8)
 - Schaffung von mindestens einem neuen Stadtteilzentrum pro Bezirk
 - Förderung zusätzlicher Planstellen in den Stadtteilzentren und Sozialstationen

- Ermöglichung vereinheitlichter Angebote zur Unterstützung zum Ausfüllen von Formularen oder zur Vereinbarung von Terminen beim Amt oder beim Arzt
- kostenfreier Eintritt zu Museen am dritten Mittwoch im Monat (S. 8)
- Ausbau von Bewegungsangeboten (S. 8)
- Erhöhung des Anteils barrierefreier Wohnungen im Neubau und im Bestand (S. 8)
- Förderung von Unterstellmöglichkeiten für z. B. Kinderwagen und Rollatoren (S. 8)
- Unterstützung von betroffenen Mieterinnen und Mieter bei notwendigen Umzügen (S. 8)
- Senatskonzept zur gleichberechtigten Teilhabe für Seniorinnen und Senioren im Einzelhandel (S. 9)
- Befragung der lebensälteren Berlinerinnen und Berliner (S. 9)
- soziale Ausgestaltung der Grundsteuer (S. 9/10)
- Kündigungsmoratorium für die Pächterinnen und Pächter der über 57.000 kommunalen Kleingärten in Berlin (S. 10)
- Erhöhung der Sicherheit auf den Gehwegen durch eine Begrenzung des Angebots an E-Scootern (S. 10)
- Entlastung der Bezirke durch die Gründung einer landeseigenen „infrapedes“ (S. 10/)
- Errichtung von Sitzbänken im Umfeld sozialer Einrichtungen und an ÖPNV-Haltestellen (S. 10/11)
- schnellerer und sicherer Radwegeausbau (S. 11)
- Erhöhung der Kita- und Schulwegsicherheit (S. 11)

Resolution

Unser Berlin ist Sehnsuchts- und Zukunftsort für Menschen aus aller Welt, Metropole, Hauptstadt und das Zuhause für fast vier Millionen Berlinerinnen und Berliner. Wir bekennen uns nicht nur zu Berlin, wir sind stolz auf unsere Stadt. In unserem Berlin haken sich die Menschen unter und machen die Stadt jeden Tag ein bisschen besser.

Wir stehen dafür ein, die Lebenswirklichkeit der Menschen zu verbessern, für alle Menschen, alle Generationen. Deshalb analysieren wir kritisch, benennen Probleme und lösen sie, jeden Tag, Stück für Stück – und nehmen dabei die Menschen in unserer Stadt mit.

Gerade jetzt in der Krise sehen wir, dass unsere Politik weitsichtig, sozialpolitisch und wirtschaftlich richtig ist. Denn unsere Politik der sozialen Entlastung breiter Bevölkerungsschichten hat unsere Stadt stark und widerstandsfähig gemacht. Diese Politik hat Arbeitsplätze gesichert und Berlin einen dauerhaften Standortvorteil verschafft.

Die SPD-Fraktion bekennt sich zu den von ihr in den vergangenen Jahren erkämpften sozialen Erleichterungen für die Berlinerinnen und Berliner. Wir beobachten mit Sorge, dass diese Position in der Berliner Landespolitik kontrovers ist. Gerade in der Krise gilt es, soziale Errungenschaften nicht in Frage zu stellen oder abzuschaffen. Wir halten insbesondere an unserem Grundprinzip der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule fest. Das kostenfreie Schulesen und das kostenfreie Schülerticket, die Hortgebühren- und Kitagebührenfreiheit, die Lernmittelbefreiung, kostengünstige Ausbildungs- und Semestertickets, der Landesmindestlohn und der Vergabemindestlohn, die Hauptstadtzulage oder jüngst das 9-Euro-Ticket für „Berlinpass“-Berechtigte sowie das 29-Euro-Ticket für alle sind politische Entscheidungen, für die wir auch zukünftig einstehen werden, weil sie die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessern.

Teilhabe und Gebührenfreiheit sind für uns keine Privilegien, die beliebig gegeben und genommen werden dürfen. Sozial und gerecht ist, wenn

Teilhabe auch in schwierigen Zeiten nicht in Frage gestellt wird. Dafür stehen wir als SPD-Fraktion.

Wir haben bereits auf unseren Klausurtagungen im vergangenen Jahr gefordert, die Bevölkerung in der Energie- und Inflationsskrise deutlich zu entlasten. Wir haben unter anderem Energiepreisdeckel und Steuersenkungen vorgeschlagen. Diesem Vorschlag ist der Bund gefolgt.

Wir haben in Berlin zusätzlich ein Entlastungspaket von drei Milliarden Euro durchgesetzt. Neben der Gas- und Strompreisbremse im Bund haben wir in Berlin und im Bund auch Entlastungen bei den Energieträgern Öl, Holzpellets und Kohle durchgesetzt. Im Land Berlin haben wir mit dem 29-Euro-Ticket und dem 9-Euro-Sozialticket, Liquiditätshilfen für die Berliner Wirtschaft, einem Härtefallfonds für Energieschulden, dem Netzwerk der Wärme, einem Mieten- und Kündigungsmoratorium bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen sowie Energiekostenhilfen für soziale Einrichtungen die Maßnahmen des Bundes ergänzt. Damit sichern wir Arbeitsplätze und schützen unsere Zuwendungs- und Entgeltempfängerinnen und -empfänger, Vereine, Verbände und Kultureinrichtungen, Universitäten und unsere gesamte soziale Infrastruktur.

Auf diesen Entlastungen ruhen wir uns nicht aus. In Berlin stellen sich weitere Herausforderungen, die wir im Blick haben. Wir wollen eine funktionierende Gesundheitsversorgung in der Stadt sicherstellen, die Verkehrssicherheit erhöhen und die soziale Teilhabe für alle weiter ausbauen.

Funktionierende Gesundheitsversorgung

Gesundheit und Pflege müssen als Teil der Daseinsvorsorge besonders geschützt werden. Auch unabhängig von der Corona-Pandemie haben sich Handlungsnotwendigkeiten gezeigt:

Mit Bestürzung erleben wir zuletzt in Bayern, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und auch in Berlin gezielte Angriffe auf unsere

Sicherheitskräfte von Polizei und Feuerwehr aus großen Gruppen, zumeist Jugendlicher und junger Erwachsener, mit Pyrotechnik, die wir scharf verurteilen. Wir unterstützen die Vorschläge der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey, diesen inakzeptablen Angriffen durch eine konsequente Strafverfolgung mit beschleunigten Verfahren, die Erhöhung von Personal und die Verbesserung der Ausstattung bei Polizei, Feuerwehr und bei der Justiz, die Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene, zusätzliche Investitionen in die Sozial- und Jugendarbeit vor Ort und ein Sonderprogramm für die Unterstützung und Verbesserung der Lebenssituation in Großwohnsiedlungen gemeinsam mit dem Quartiersmanagement zu begegnen.

Der Berliner Rettungsdienst befindet sich darüber hinaus so häufig im „Ausnahmestand“, dass dieser leider der Regelfall geworden ist. Wir haben mit der ersten Novelle des Rettungsdienstgesetzes eine kurzfristige Lösung für die dringendsten Problemfelder gefunden, so dass jetzt mehr Rettungswagen im Einsatz sein können. Wir wissen aber auch: Das reicht uns nicht. Deswegen überarbeiten wir gerade das Rettungsdienstgesetz. Damit lösen wir mittelfristige Probleme und beziehen sowohl die Bürgerinnen und Bürger wie auch Gesundheitsdienstleister und die Kassenärztliche Vereinigung mit ein. Gleichzeitig verbessern wir die Arbeitsbedingungen von Menschen in der Berliner Feuerwehr, in den Rettungsstellen und in den privaten Gesundheitsunternehmen, damit alle in ihrer Arbeit die Wertschätzung finden, die sie verdienen.

Die Berliner Familien, die Kinderärztinnen und -ärzte, die Mitarbeitenden unserer Krankenhäuser, die Großeltern und Eltern, die Lehrenden an den Schulen, unser Kitapersonal und insbesondere unsere Berliner Kinder und Jugendlichen wissen, was wir meinen, wenn wir auch von einem „Ausnahmestand“ bei der Notfallversorgung und ambulanten Versorgung unserer Kleinsten reden. Es trifft zu, dass viele Probleme im Bund zu lösen sind; dazu zählt das System der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung. Die auf Bundesebene bearbeitete grundsätzliche Reform des Finanzierungssystems wird von uns begrüßt. Verantwortung

für Berlin zu tragen, bedeutet aber, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern alle Landesmöglichkeiten auszuschöpfen.

Unserer Berliner Charité stehen im Bereich der Kindermedizin derzeit 13 Intensivbetten zur Verfügung. Das ist insbesondere im Verhältnis zur wachsenden jungen Bevölkerung in unserer Stadt zu wenig. Hier besteht Handlungsbedarf für eine gute medizinische Versorgung unserer Kinder in Berlin. Deshalb unterstützt und begrüßt die SPD-Fraktion das Vorhaben der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey zur Errichtung einer weiteren Kinderklinik bei der Charité. Die Gesundheitsmetropole Berlin verfügt über die besten Voraussetzungen, eine solche Kinderklinik aufzubauen.

Neben dieser strategischen Entscheidung zur Errichtung einer neuen Kinderklinik in Berlin muss die zuständige Senatsverwaltung u.a. bei der Bedarfsplanung niedergelassener Kinderärztinnen und -ärzte von ihren Aufsichts- und Beanstandungsrechten Gebrauch machen und zwar sowohl bei der Planung selbst, als auch bei der gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung an aktuelle Entwicklungen.

Wir fordern, nach dem Vorbild anderer Bundesländer, mehr Geld für Investitionen in überlastete Kinderkliniken bereitzustellen, indem wir kurzfristig ein Landesinvestitionsprogramm "Stärkung der Kinderstationen" auflegen, damit sich die Situation in den Kliniken für Beschäftigte sowie Patientinnen und Patienten verbessert. Nach dem Vorbild Hamburgs sind in der Landesausbildungsverordnung für Pflegekräfte stärkere Differenzierungen und Spezialisierungen, u.a. zur Kinderkrankenpflegekraft, zu ermöglichen.

Es ist auch sicherzustellen, dass das Angebot der Leitstelle des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes auskömmlich finanziert ist und Streichungen zurückgenommen werden. Außerdem muss ein Konzept zur Ausweitung vorgelegt werden. Wir fordern, zusätzlich zum kassenärztlichen Bereitschaftsdienst für Erwachsene, einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst zu schaffen.

An Krankenhäusern angegliederte Notdienstpraxen sind effektive Möglichkeiten, um die ambulante kinderärztliche Versorgung in Berlin zu ergänzen und die bereits stark überlasteten Rettungsstellen zu entlasten: In Notfällen können sich Eltern an diese Praxen, von denen in Berlin derzeit nur fünf von der Kassenärztlichen Vereinigung betrieben werden, wenden; das diensthabende Personal kann eine Ersteinschätzung der Dringlichkeit der Erkrankung und/oder Verletzung vornehmen, entsprechend behandeln und bei besonders dringlichen Fällen eine stationäre Behandlung veranlassen. Durch eine Ausweitung dieser ambulanten Notfallversorgung werden die Rettungsstellen der Krankenhäuser deutlich entlastet. Aus diesem Grund schöpfen wir die politischen Möglichkeiten aus, um in einem ersten Schritt die Grundlagen für eine Ausweitung der Öffnungszeiten der bestehenden Notdienstpraxen und in einem weiteren Schritt die Grundlagen für die Etablierung von mehr Praxen zu schaffen. Um Rettungsstellen in Zukunft noch stärker zu entlasten und Eltern eine feste Anlaufstelle zu bieten, setzen wir uns darüber hinaus auch dafür ein, in jedem Bezirk einen ambulanten niedergelassenen Notdienst einzurichten. An diese Kinderarztpraxen, die rund um die Uhr geöffnet sein sollen, könnten sich Eltern bei minder schweren Beschwerden ihrer Kinder wenden, ohne ein Krankenhaus aufsuchen zu müssen. Ebenfalls müssen auch Investitionen in die Kinder- und Jugendpsychiatrie erfolgen.

Gesundheit und Pflege gehen als Daseinsvorsorge Hand in Hand. Als SPD-Fraktion setzen wir uns im Land und auf Bundesebene für weitgreifende Maßnahmen ein, die Pflegebedürftige, Pflegekräfte und pflegende Angehörige unterstützen. Dabei setzen wir in erster Linie auf mittel- und langfristige Maßnahmen, mit denen nachhaltige Verbesserungen geschaffen werden: Wir stärken die Pflegeausbildung, z.B. durch die bessere Qualifizierung der Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter und deren Freistellung und die Unterstützung der Gründung von Ausbildungsverbänden, schaffen bürgernahe Pflegeangebote in den Kiezen, sichern mehr Liegenschaften für die Pflege, unterstützen und

beraten pflegende Angehörige und gewinnen zusätzliche Fachkräfte. Zudem sorgen wir dafür, dass ausländische Fachkräfte ihre Berufsanerkennung deutlich schneller erhalten, indem wir die zuständigen Stellen personell weiter aufstocken.

Der Fachkräftemangel trifft Deutschland insbesondere in Berufen in Pflege und Gesundheit. Während wir für Auszubildende in Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie die Abschaffung des Schulgeldes bereits durchsetzen konnten, müssen Auszubildende in anderen Gesundheitsfachberufen ihre Ausbildung bisher selbst finanzieren, was neben der Ausbildung eine erhebliche Last darstellt. Deswegen werden wir die Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsfachberufen auf weitere Ausbildungszweige ausweiten, um auch diese Ausbildungen für alle zugänglich zu machen und das Engagement der Auszubildenden zu honorieren.

Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir uns für die Schulgeldfreiheit in Pflegeberufen stark gemacht und dafür auch Geld im Haushalt bereitgestellt, damit dieses ab Januar 2022 übernommen werden kann. Um das Schulgeld rückwirkend ab Januar 2022 übernehmen zu können, haben wir ein Gesetz entworfen, das diese Übernahme rechtssicher ermöglicht und wir damit unser Versprechen gegenüber den Auszubildenden in den Gesundheitsfachberufen einhalten.

Um sicherzustellen, dass künftig mehr Auszubildende ihre Ausbildung erfolgreich abschließen und anschließend als Fachkräfte für Pflege tätig sein können, müssen Auszubildende besser unterstützt werden. Dies gilt auch und insbesondere im Falle von Konflikten, die innerhalb der Pflegeschule und/oder Pflegeeinrichtung nicht zu lösen sind. Aus diesem Grund wollen wir eine zentrale Beschwerdestelle in der für Pflege zuständigen Senatsverwaltung etablieren, die Auszubildende vertraulich berät und unbürokratisch unterstützt.

Neben den Maßnahmen für die Verbesserung der Fachkräfteversorgung, gilt es auch zu Pflegenden und ihren Angehörigen zu entlasten. Die Kosten

für die ambulante, stationäre und teilstationäre Pflege sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Aufgrund der anhaltenden Inflation ist ein Absinken der Kosten nicht in Sicht; schon jetzt sind Pflegebedürftige mit Mehrkosten von 300 bis 1000 Euro pro Monat konfrontiert. Die SPD-Fraktion schlägt deshalb die Einführung eines Pflegewohngeldes vor, mit dem Investitionskosten anteilig übernommen werden. Investitions- und Unterhaltungskosten sind diejenigen Kosten, die Pflegeeinrichtung etwa im Zusammenhang mit der baulichen Unterhaltung ihrer Gebäude entstehen. Je nach Heim werden bis zu 20 Euro pro Tag von den Bewohnerinnen und Bewohnern gefordert. Ohne Unterstützung können sich viele pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörige diese Kosten und eine gute Pflege bald nicht mehr leisten. Das Pflegewohngeld kann hier schnell konkrete Entlastung schaffen.

Soziale Teilhabe für alle Generationen

Die zurückliegenden drei Jahre haben unsere Gesellschaft verändert. Videokonferenzen und Videotelefonate sind inzwischen für viele selbstverständliches Kommunikationsmittel. Die durchschnittliche Anwendungsdauer hat sich bei privaten Videogesprächen fast verfünffacht. Die Nutzungsdauer bei Onlineeinkäufen hat sich fast verdoppelt. Auch immer mehr öffentliche Dienstleistungen werden online in Anspruch genommen. Während bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Anteil derjenigen, die das Internet täglich nutzen, bei nahezu 100 Prozent liegt, sinkt dieser Anteil mit zunehmendem Lebensalter auf ca. 50 Prozent bei über Siebzigjährigen. Bei dieser geänderten Lebenswirklichkeit darf es aber kein Teilhabegefälle geben.

Um den Zugang zum Internet für Menschen, die nicht mit Computern oder Handys aufgewachsen sind, zu erleichtern und digitale Teilhabe zu ermöglichen, wollen wir niedrigschwellige Angebote für Kurse zum Einstieg in die digitale Kommunikation, z. B. an den Volkshochschulen ausweiten. Wir werden die Ausweitung der sozialen Kiezarbeit durch die Schaffung von mindestens einem neuen Stadtteilzentrum pro Bezirk fördern und die bestehenden Stadtteilzentren noch mehr zu Orten

generationsübergreifender Begegnung im Kiez machen. Zudem wollen wir die Stadtteilzentren in die Lage versetzen, vereinheitlichte Angebote zur Unterstützung zum Ausfüllen von Formularen oder zur Vereinbarung von Terminen beim Amt oder beim Arzt zu machen – egal ob analog oder digital. Dazu wollen wir zusätzliche Planstellen in den Stadtteilzentren und Sozialstationen fördern. Auch unsere Bibliotheken sollen sich als Anlaufstellen für Bedürfnisse lebensälterer Personen verstehen.

Unsere Teilhabepolitik schließt Jung und Alt ein. Nachdem wir insbesondere für Familien bereits den kostenfreien Museumssonntag eingeführt haben, möchten wir Menschen ab 60 Jahren auch an jedem dritten Mittwoch im Monat den kostenfreien Eintritt zu Museen ermöglichen. Mit barrierefreien, mehrsprachigen Führungen sollen Menschen in den Berliner Museen einen Ort für kulturelle Weiterbildung unabhängig von Vorkenntnissen oder finanzieller Herkunft finden.

Mehr Bewegungsangebote für die Berlinerinnen und Berliner bereitzustellen, heißt einen wichtigen Beitrag für mehr Gesundheitsförderung und Prävention zu leisten; sie erhalten Mobilität, Gesundheit und mentale Fitness aufrecht. Daher fördern wir auch den Sport im Alter. Wir stehen zu dem Anspruch, Inklusionshauptstadt zu werden und setzen uns für mehr Sportangebote, mehr Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und -leiter und mehr Erreichbarkeit im Sport für Menschen mit Behinderung ein.

Wir werden den Anteil barrierefreier Wohnungen im Neubau mit der Überarbeitung der Berliner Bauordnung weiter erhöhen. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass möglichst auch im Bestand ein barrierefreier Umbau erleichtert wird. Im Wohnumfeld wollen wir mehr Unterstellmöglichkeiten für z. B. Kinderwagen und Rollatoren und unterstützen dies bei privaten Eigentümerinnen und Eigentümern mit einem eigenen Förderprogramm. Bei notwendigen energetischen Umbaumaßnahmen in landeseigenen Beständen werden wir eine umfassende Unterstützung der betroffenen Mieterinnen und Mieter bei notwendigen Umzügen und ggf. Wohnungstauschs gewährleisten.

Ältere Berlinerinnen und Berliner wollen selbstständig und selbstbestimmt leben. Die SPD-Fraktion setzt sich deshalb für eine gleichberechtigte Teilhabe im Einzelhandel ein. Unabhängig von körperlichen Einschränkungen wollen wir, dass die Berlinerinnen und Berliner beim Einkaufen von Lebensmitteln, Kleidung und anderer Produkte seniorenfreundliche Bedingungen vorfinden. So sollen z. B. Preisschilder und Etiketten gut lesbar sein und es soll Ruhezeiten und Sitzgelegenheiten geben. Der Senat ist aufgefordert, gemeinsam mit dem Handelsverband Berlin Brandenburg und der IHK ein Konzept zu entwickeln, damit ältere Berlinerinnen und Berliner angemessen berücksichtigt werden und das Einkaufen für sie leichter wird.

Um die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen frühzeitig erkennen zu können, wollen wir eine Befragung der lebensälteren Berlinerinnen und Berliner beauftragen. Nach dem Vorbild der Erhebungen zum Berliner Mietspiegel oder dem Mikrozensus wollen wir die Bedürfnisse der wachsenden Gruppe der Seniorinnen und Senioren – auch in Folge der Corona-Pandemie – genauer erheben. Sowohl bei der Entwicklung der Studie als auch bei der Ableitung der empfohlenen Maßnahmen sind die bestehenden Seniorenmitwirkungsgruppen und das Abgeordnetenhaus in geeigneter Art und Weise einzubeziehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Erhebung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt, da diese gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoße, indem sie sich nicht (mehr) an den Vermögenswerten der Grundstücke orientiere. Nach bisheriger Rechtslage wurden sogenannte Einheitswerte bei der Bewertung der Grundstücke herangezogen. Diese Einheitswerte sind in Ost- und Westdeutschland vor Jahrzehnten zu unterschiedlichen Zeiten erhoben worden. Die Reform der Grundsteuer ist so ausgelegt, dass insgesamt die Steuerzahlungen an den Staat nicht ausgeweitet werden.

Es ist davon auszugehen, dass es Grundstücke mit überdurchschnittlicher Wertentwicklung gegeben hat, dementsprechend auch Grundstücke, die unterdurchschnittliche Wertentwicklung verzeichnen. Es kann zu

zukünftig unterschiedlichen Zahlungen kommen, mit größerer oder geringerer Belastung. Berlinerinnen und Berliner mit kleineren Häusern oder Wohnungen verfügen jedoch nicht notwendigerweise über hohe Einkommen. Wir wollen eine soziale Ausgestaltung der Grundsteuer, die diesen Aspekt möglichst berücksichtigt und auch Mieterinnen und Mietern schützt. Wir fordern den Senat auf, dem Berliner Abgeordnetenhaus ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Kleingärten sind soziale Integrationsorte und grüne Oasen in unserer Stadt. Teilweise gärtnern die Menschen dort seit mehreren Jahrzehnten. Für uns ist klar: Diese gewachsenen Strukturen dürfen nicht aufgrund der aktuellen Energiepreiskrise und Inflation zerstört werden. Daher fordern wir für das Jahr 2023 ein Kündigungsmoratorium für die Pächterinnen und Pächter der über 57.000 landeseigenen Kleingärten in Berlin, denn in einem Krisenjahr dürfen nicht gezahlte Nebenkosten oder Pacht nicht zum Verlust des Kleingartens führen.

Wir wollen die Sicherheit auf den Wegen und Straßen im Kiez erhöhen. Ob man nun mit kleinen Kindern auf dem Laufrad, einem Kinderwagen oder unterstützt durch eine Gehhilfe unterwegs ist: Soziale Teilhabe wird erst durch sichere und bezahlbare Mobilität ermöglicht. Um die Sicherheit auf den Gehwegen zu erhöhen, fordern wir eine Regulierung des Angebots an E-Scootern. Die zuständige Senatsverwaltung soll hierfür von ihrer gesetzlich bereitstehenden Möglichkeit der Ausschreibung und Konzessionierung von Leihfahrzeugen Gebrauch machen.

Zur gleichberechtigten Teilhabe in unserer Stadt gehört für uns auch Barrierefreiheit. Daher fordern wir, den Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum – von Gehwegabsenkungen bis hin zu barrierefreien Bushaltestellen – zu beschleunigen. Wir schlagen vor, die Bezirke durch die Gründung einer landeseigenen „infrapedes“ zu entlasten. Diese landeseigene Gesellschaft soll aber nicht nur für Fußverkehrssicherheit sorgen, sondern zudem befestigte Fußwege in allen Kiezen schaffen. Wichtig für altersunabhängige Mobilität ist auch die Errichtung von

Sitzbänken u.a. im Umfeld sozialer Einrichtungen, Grünanlagen und an ÖPNV-Haltestellen.

Neben sicheren Fußwegen sind für die SPD-Fraktion sichere Radwege ein genauso wichtiger Baustein für eine lebenswerte Stadt. Der Radwegeausbau ist nur sehr langsam vorangekommen. Statt weniger „Leuchtturmstrecken“ wollen wir, dass deutlich mehr als 25 Kilometer Radwege pro Jahr fertiggestellt werden. Wir wollen mehr, aber vor allem sichere Radwege.

Sicherheit auf dem Kita- und Schulweg hat für uns höchste Priorität. Wir begrüßen es daher, dass in der zuständigen Senatsverwaltung seit einem knappen Jahr Konzepte für ein Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas entwickelt werden. Gleichwohl fordern wir, dass parallel dazu – und nicht erst danach oder nur wie bisher geplant in Form von Modellprojekten – vor Ort Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit umgesetzt werden. Konzepte ohne Umsetzung sind nicht unsere Vorstellung von mehr Verkehrssicherheit für unsere Kleinsten.

Wir stehen zu dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren. Uns ist wichtig, dass das Mobilitätsgesetz auch bei Verkehrssicherheitsfragen schneller umgesetzt wird. Die von der Unfallkommission ermittelten Gefahrenpunkte müssen besser als bisher dem Gesetzesauftrag entsprechend umgestaltet werden.

Die SPD-Fraktion steht für eine bezahlbare und lebenswerte Stadt für alle. Dieser Grundansatz unserer Politik ist weitsichtig, transparent und berechenbar. Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen, bedeutet sich ihrer bewusst zu sein, Probleme zu analysieren und zu lösen.

Berlin ist in guten Händen – Berlin sozial und gerecht.